

AKTUELL

UMWELTPOLITIK

Keine gute Zensur

Joël Adami



Besonders die schlechte Wasserqualität ist ein großes Problem in Luxemburg.

Schlechte Wasserqualität, schlechter Zustand der Habitate und Artensterben – die EU-Auswertung der Luxemburger Umweltpolitik fällt nicht gut aus. Einige Lichtblicke gibt es dennoch.

Luxemburg verkauft sich gerne als besonders nachhaltiges Land. Tourismusminister Lex Delles (DP) sprach sogar von „intakter Natur“ im Norden Luxemburgs, als die Region Eislek eine Auszeichnung für ihre hervorragenden Wanderwege erhielt. Die Realität sieht allerdings anders aus: Der Zustand geschützter Habitate und Arten hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Das ist nur eine Schlussfolgerung des Environmental Implementation Review (EIR), den Anne Calteux, Chefin der Repräsentation der EU-Kommission in Luxemburg, am vergangenen Dienstag vorstellte.

Alle drei Jahre untersucht die EU-Kommission die Umweltpolitik der Mitgliedstaaten und verfasst einen Bericht darüber, welche europäischen Ziele erreicht wurden. Das knapp 50-seitige Dokument besteht aus zwei Teilen. Der erste umfasst thematische Kapitel, in denen über Abfallwirtschaft, Biodiversität, Luft- und Wasserqualität sowie Klimapolitik referiert wird. Im zweiten Teil werden die Werkzeuge der Umweltpolitik überprüft: die Finanzierung und die Transparenz.

Probleme, wo das Auge reicht

Gute Noten bekommt Luxemburg vor allem im Umgang mit Ressourcen. Das liegt vor allem daran, dass die Wertschöpfung pro Kilo eingesetztem Material hierzulande sehr hoch ist. Auf dem „Eco-Innovation Index“ hat Luxemburg EU-weit die beste Note. Die Kommission lobte außerdem den

kostenlosen öffentlichen Transport und die Elektrifizierung desselben. Auch der Zugang zu Umweltinformationen habe sich verbessert.

Ansonsten gibt es aber vor allem Probleme: Die Luftqualität sei zwar besser geworden, aber sowohl der Straßenverkehr als auch die Stahlindustrie seien weiterhin große Verschmutzer, so die Kommission. Die Luftverschmutzung verantwortete in Luxemburg 230 vorzeitige Tode im Jahr. 2020 hatte die damalige Umweltministerin Carole Dieschbourg (DÉI Gréng) von 150 vorzeitigen Toten im Jahr gesprochen.

In den Bereichen Biodiversität und Wasserqualität fällt das Urteil noch verheerender aus: Obwohl es in Luxemburg einen vergleichsweise großen Anteil geschützter Gebiete gibt, ist der Zustand der Natur miserabel. Die Hälfte der Habitate und 45 Prozent der geschützten Arten sind in einem schlechten Zustand. Bei der stetig voranschreitenden Bodenversiegelung bescheinigt die Kommission Luxemburg eins der schlechtesten Resultate der Union. Das Großherzogtum müsse unbedingt eine weitere Zerschneidung der natürlichen Habitate vermeiden und Biodiversitätsfragen in jeden Politikbereich einbeziehen.

Lediglich 2,7 Prozent der Oberflächenwasser sind in einem guten ökologischen Zustand. Diese erschreckende Bilanz ist nicht neu, genauso wenig wie die Erkenntnis, dass der Großteil der übermäßigen Nährstoffe, die dafür verantwortlich sind, aus der Landwirtschaft stammen. Die Agrarpolitik müsse dementsprechend angepasst werden.

Um all diese Probleme anzugehen, fehlt Geld: Die Kommission hat eine Lücke ausgemacht, die mindestens 0,27 Prozent des BIP entspricht. Sie empfiehlt, europäische Gelder oder private Investor*innen anzuzapfen.

SHORT NEWS

Klima-Biergerrot präsentierte Vorschläge

(ja) - Am Donnerstag, dem 15. September stellten Mitglieder des Klima-Biergerrots (KBR) ihre 56 Vorschläge zur Klimapolitik vor. Sowohl in einer Unterredung mit drei Regierungsmitgliedern als auch in einer Pressekonferenz wurden die Resultate des basisdemokratischen Prozesses, der Anfang des Jahres begonnen hatte, präsentiert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Nachhaltigkeitsinformationen in Supermärkten über nachhaltigere Baumaterialien bis hin zu einer deutlichen Erhöhung der CO₂-Steuer. Die Mitglieder des KBR sind der Meinung, dass mit einer hohen CO₂-Steuer, deren Einnahmen an die Bürger*innen zurückgezahlt werden, die Treibhausgasemissionen schnell und effektiv gesenkt werden können. Eine weitere Forderung war der Ausbau erneuerbarer Energien: Bis 2030 soll Luxemburg zu 80 Prozent erneuerbaren Strom beziehen und einen großen Anteil davon selbst produzieren. Insgesamt müsse die Bekämpfung der Klimakrise oberste politische Priorität werden, so der KBR. Obwohl die Mission des Rates nun beendet ist, wünschen sich die Mitglieder, dass die Regierung ein ähnliches Organ als ständige Institution einführt.

Citim zur Reform des Bibliothekengesetzes

(is) - Das Centre d'information Tiers Monde (Citim), das am Samstag ab 15h (citim.lu) sein 40. Jubiläum feiert, hat seine Hausaufgaben gemacht: Das Zentrum veröffentlichte diese Woche seine Stellungnahme zur Reform des Bibliothekengesetzes. Die Kulturministerin Sam Tanson (DÉI Gréng) hatte die Bibliotheken aufgerufen, ihre Meinung zum zwölf Jahre alten Gesetz kundzutun. Als kleine spezialisierte Bibliothek sei es schwierig, neuen Herausforderungen darunter vor allem der Digitalisierung des Bibliothekswesens nachzukommen. Zwar ist das Citim seit 2011 Teil des Netzwerks bibnet.lu, das die Einsicht in Bibliotheksbestände übers Internet ermöglicht, doch wird das Zentrum zurzeit nur vom Außenministerium finanziert. Doch diese Förderung ist gedeckelt und wird den neuen Anforderungen nur ungenügend gerecht. Deshalb sollten das Citim, wie andere öffentlich zugängliche Themenbibliotheken auch, im Rahmen eines reformierten Bibliotheksgesetzes in den Genuss von Fördermitteln gelangen, die explizit der Bibliotheksarbeit und ihrer Modernisierung zugutekommen. Das Zentrum verweist in seinem Schreiben auch auf die Folgen seines Umzugs von der Avenue de la Liberté in die weniger frequentierte Rue Adolphe Fischer: Die Bibliothek sei weniger zugänglich und beengter, nicht alle Veranstaltungen könnten wie bislang vor Ort stattfinden. Das Gebäude in der Avenue de la Liberté war vor einiger Zeit aufgekauft worden und in der Folge wurden die Mietverträge zwecks Modernisierung gekündigt. Die angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt erschwert es also auch öffentlichen Einrichtungen mit begrenztem Budget, an zentralen Orten Präsenz zu zeigen und adäquate Räumlichkeiten zu beziehen.

Frauenrechte: Besorgniserregende Weltlage

(tj) - „At the current rate of progress, it may take close to 300 years to achieve full gender equality“, zu dieser Feststellung kommen die Vereinten Nationen (UN) in einem neuen Bericht (woxx.eu/gender2022). Als Faktoren, die die Diskriminierung von Frauen und Mädchen verstärken, werden unter anderem die Pandemie und ihre Nachwirkungen, bewaffnete Konflikte und die Klimakrise genannt. Davon am meisten betroffen seien die Bereiche Bildung, Sicherheit, Einkommen und Gesundheit. Im Jahr 2020, ist im Bericht zu lesen, erfordern die pandemiebedingten Schulschließungen weltweit 672 Milliarden zusätzliche Stunden an Kinderbetreuung. Es wird geschätzt, dass Frauen davon 512 Milliarden Stunden stemmen mussten. Außerdem hätten Frauen 2020 weltweit 800 Milliarden US-Dollar an Einkommen verloren. Auch um reproduktive Rechte stehe es schlecht. So leben heute 1,2 Milliarden Mädchen und Frauen im reproduktionsfähigen Alter in Ländern und Regionen mit eingeschränktem Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen. Im Bericht wird auch auf die Wichtigkeit eines universellen Zugangs zu Bildung für Mädchen hingewiesen. „Each additional year of schooling can boost a girl's earnings as an adult by up to 20 per cent with further impacts on poverty reduction, better maternal health, lower child mortality, greater HIV prevention and reduced violence against women“, begründet die UN diesen Handlungsschwerpunkt.